Beschluss Nicht gegen die Krise ansparen

Gremium:	Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt), Madeleine Henfling (KV Ilm Kreis), Ann-Sophie Bohm (KV Weimar), Bernhard Stengele (KV Erfurt), Anja Siegesmund (KV Jena), Dirk Adams (KV Erfurt)
Beschlussdatum:	13.06.2022
Tagesordnungspunkt:	4. Anträge

Antragstext

Die letzten zwei Jahre haben Thüringen und die gesamte Gesellschaft vor enorme Herausforderungen gestellt. Zur Eindämmung der Corona-Pandemie musste die Politik in einem bis dahin nicht vorstellbaren Maß in die Freiheits- und Grundrechte jeder*s Einzelnen eingreifen. Schulen gingen zum häuslichen Lernen, Kindergärten in die Notbetreuung über, ganze Branchen wurden geschlossen - vom Einzelhandel, über Dienstleistungen bis hin zur Veranstaltungswirtschaft. Auch das kulturelle und künstlerische Leben musste drastisch heruntergefahren werden. Viele Solo-Selbständige mussten aufgeben. Für Familien bedeutete die Vereinbarkeit von Beruf, häuslichem Lernen und Kinderbetreuung eine enorme Mehrbelastung. Wirtschaftlich zwang die Pandemie zu tiefen Einschnitten. Kommunale und auch private Haushalte hatten mit enormen finanziellen Belastungen zu kämpfen. Gleichzeitig legte die Pandemie Schwachstellen in der Daseinsvorsorge wie unter einem Brennglas offen. Vor allem im ländlichen Raum zeigten sich im Gesundheits- und Pflegebereich die Folgen von Privatisierungen, Fachkräftemangel und Strukturschwäche besonders deutlich. Doch auch der zunehmende Personalmangel im Bildungsbereich hinterlässt seine Spuren. In all diesen Bereichen bedarf es nun dringend größerer Investitionen und ein gemeinsames Agieren aller demokratischer Parteien, um für die kommenden Krisen besser vorbereitet zu sein.

Auch die Klimakrise ist, wenn auch im öffentlichen Bewusstsein oft durch die Pandemie überdeckt, kontinuierlich weiter vorangeschritten. Daher bedarf es ebenso dringender Investitionen im Kommunalen Klimaschutz, für die Verkehrswende und den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Und schließlich sind wir seit mehr als 100 Tagen wieder mit einem Krieg mitten in Europa konfrontiert. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine befinden sich Millionen Menschen auf der Flucht. Hier bedarf es neben der Solidarität und privaten Hilfsbereitschaft eines gemeinsamen Kraftakts und der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen, um auch weiterhin möglichst schnell und endlich auch unbürokratisch Geflüchtete menschenwürdig bei uns aufzunehmen und sie gut zu integrieren.

Wir befinden uns also momentan in einer Zeit globale Krisen, die in kurzer Zeit nicht zu lösen sein werden. Dies ist keine Zeit für Einsparungen, sondern eine Zeit, in der wir investieren müssen und auch können, schaut man auf die prognostizierten Steuermehreinnahmen. Es hilft wenig, gegen die Krise anzusparen. Im Gegenteil. Es gilt, die bestehenden Herausforderungen aktiv anzugehen, indem wir das notwendige Geld aufwenden und zielgenau einsetzen.

In Thüringen sind wir durch die besondere Situation einer Minderheitsregierung auch bei den diesjährigen Haushaltsverhandlungen auf die Stimmen der CDU angewiesen gewesen. Diese hatte eine Globale Minderausgabe in Höhe von 330

Millionen Euro zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zum Haushalt gemacht. Das Instrument der Globalen Minderausgabe lehnen wir ab, vor allem mit Blick auf die in der Thüringer Verfassung enthaltenen Haushaltsgrundsätze. Anstatt Kürzungen bei einzelnen Titeln vorzunehmen, wird mit einer Globalen Minderausgabe die Summe aller Ausgaben einer pauschalen Kürzung durch die Regierung unterzogen. Damit wird der Regierung nicht nur die Möglichkeit zur Verstetigung wichtiger Errungenschaften im Land genommen, sondern das Parlament, das den Haushalt beschließt, wird zudem der Möglichkeit beraubt, seinen konstitutionell garantierten demokratischen Einfluss auf die Art der Einsparungen vorzunehmen. Zudem besteht dadurch auch keine sachliche Begründung für die konkreten Einsparungen. Daher halten wir die Globale Minderausgabe für nicht verfassungsgemäß.

Auch haben wir in den letzten Wochen sehr deutlich sehen müssen, welche drastischen Einsparungen die Globale Minderausgabe mit den pauschalen Kürzungen in vielen Bereichen verursacht hat, gerade im Bildungs-, Hochschul-, Migrations- und Sozial-, aber auch im Klima- und Energiehaushalt. Dies betrifft nicht nur neu in den Haushalt eingestellte Projekte, sondern auch langjährig aufgebaute und finanzierte Projekte, wie die Integrationsförderung für Geflüchtete, die Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen, die Schulgelder in den Gesundheitsberufen und Vorhaben in der sozialen Arbeit. Dass gerade die CDU diese Einsparungen anprangert, ist geradezu grotesk, ist es doch ihrer Haushaltspolitik geschuldet, dass es überhaupt dazu kommen musste. Es ist nicht das politische Versagen von Rot-Rot-Grün, wie es die CDU aktuell darstellt.

Aus diesem Grund sagen wir Bündnisgrüne sehr deutlich: Mit uns wird es in den kommenden Haushalten keine Globale Minderausgabe mehr geben. Einem weiteren Haushalt, in dem die CDU ein verfassungsmäßig bedenkliches Instrument durchsetzt, werden wir nicht zustimmen.

Grundsätzlich wäre ein Nachtragshaushalt das geeignete Mittel, um die durch die Globale Minderausgabe verursachten Kürzungen abzufangen und gleichzeitig handlungsfähig im Angesicht der schon erwähnten Krisen zu bleiben. Aktuell haben wir für einen solchen Nachtragshaushalt jedoch keine politische Mehrheit.

Deshalb wollen wir mit Hilfe von verschiedenen Sondervermögen die thematisch drängendsten Probleme in Thüringen angehen und das auch über die Legislatur und mögliche wechselnde Mehrheiten hinweg. Wir wollen Sachpolitik vor Ideologie stellen und unterbreiten auch der demokratischen Opposition das Angebot, die Finanzierungen für die Bereiche Bildung/Hochschule, Umweltschutz/Klimawandel und Mobilität mit Perspektive bis zum Jahr 2030 gemeinsam auf den Weg zu bringen. Die unterschiedlichen Sondervermögen, die dafür notwendig sind, sollen teilweise mit Krediten finanziert werden und gleichzeitig den Druck aus den Haushaltsverhandlungen der kommenden Jahre nehmen. Wir von Bündnis90/Die Grünen fordern die anderen demokratischen Parteien auf, gemeinsam mit uns wieder einen verfassungsgemäßen und ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und gleichzeitig im konstruktiven Dialog mit den Sondervermögen Stabilität bei den Zukunftsaufgaben für Thüringen zu gewährleisten und politisch erkennbar Schwerpunkte mit Blick auf Bildung, Klimaschutz und Integration zu setzen.

Unterstützer*innen

Karoline Jobst (KV Saale-Orla-Kreis); Stephan Ostermann (KV Ilm-Kreis); Tino Gassmann (KV Unstrut-Hainich); Doreen Denstädt (KV Erfurt); Nico Paul (KV Erfurt); Enja Knipper (KV Weimar-Stadt); Andreas Ströbel (KV Erfurt); David Maicher (KV Erfurt); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Janek Schmidt (KV Erfurt); Marcus Neumann (KV Erfurt)